



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 10. Juli 2018

Die Themen aus Berlin und dem Wahlkreis im Überblick

Asylpolitik: SPD setzt sich im Koalitionsausschuss durch.....	1
Rekordinvestitionen, keine neuen Schulden: Bundeshaushalt 2018 beschlossen	1
Haushalt 2018 mit sozialdemokratischem Schwerpunkt	3
Nahles: „Wir nehmen keine Sachzwänge bei der Rente hin“	3
Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen	4
Rede im Bundesrat zur Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt	4
Neue Runde zur Förderung kommunaler Klimaschutzprojekte ist eröffnet	5
Glasfaser für alle: neue Förderrichtlinie des Bundesverkehrsministeriums	5
Spannende Haushaltswoche erlebt: Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag	6
Tennis-Club Singen erhält Klimaschutz-Auszeichnung aus Berlin.....	6
Gundelfinger Wärmeversorgungs- und Hal-Ienbad GmbH erhält Klimaschutz-Auszeichnung aus Berlin....	7
Aktionstag "Lörrach kann Klimaschutz" / Auszeichnung für die Schlossbergschule Lörrach	7

Neues aus Berlin

Asylpolitik: SPD setzt sich im Koalitionsausschuss durch

Keine geschlossenen Lager, keine nationalen Alleingänge: Am Donnerstagabend haben sich SPD und CDU/CSU im so genannten Koalitionsausschuss auf ein Maßnahmenpaket in der Asylpolitik geeinigt. Die Sozialdemokraten hatten in den Beratungen einen neuen Vorschlag vorgelegt, orientiert am Fünf-Punkte-Plan der SPD. Die Koalitionspartner haben diesen Vorschlägen zugestimmt.

Damit konnten sich die Sozialdemokraten in allen wichtigen Punkten durchsetzen:

- Das Recht auf Asyl gilt uneingeschränkt.
- Es gibt eine Lösung mit Europa und nicht gegen Europa.
- Nationale Alleingänge sind ausgeschlossen.
- Mitgliedstaaten mit besonderen Herausforderungen werden unterstützt.
- Besserer Schutz der gemeinsamen Außengrenzen der EU.
- Das Einwanderungsgesetz wird noch in diesem Jahr im Kabinett beschlossen.
- Es wird keine geschlossenen Lager geben; sie standen für die SPD nie zur Debatte.
- Es wird keine einseitigen Zurückweisungen an der Grenze geben. Gesetzliche Änderungen dazu wurden nicht vereinbart.
- Rechtsstaatliche Verfahren sind garantiert.
- Asylverfahren werden beschleunigt.

In diesem Rahmen kann Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nun in die Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten für bilaterale Abkommen eintreten.

Rekordinvestitionen, keine neuen Schulden: Bundeshaushalt 2018 beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstag in namentlicher Abstimmung den Bundeshaushalt für das laufende Jahr beschlossen. Er sieht Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro vor (Drs. 19/1700, 19/1701). Es ist in vielerlei Hinsicht ein besonderer Haushalt. Neben etlichen prioritären Maßnahmen wird investiert wie niemals zuvor.

Im Rekordtempo hatte die Bundesregierung unter der Federführung von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) einen 2. Regierungsentwurf für den Haushalt 2018 aufgestellt, den die Abgeordneten ebenso zügig wie konzentriert beraten haben.

Inhaltlich bleiben die haushaltspolitischen Markenzeichen der Großen Koalition einem sozialdemokratischen Ansatz treu:

- Es gibt massive Investitionen in die Zukunft unseres Landes – in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau und in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Die soziale Sicherheit wird gestärkt – mit Verbesserungen bei der Rente, bei der Pflege, beim Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag, einem großen Programm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.
- Es wird weiterhin keine neuen Schulden geben.

Ein Haushalt für die Zukunft des Landes

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Union eine Reihe prioritärer Maßnahmen vereinbart, für die die Koalition in der Wahlperiode insgesamt 46 Milliarden Euro

mehr einsetzen will, als in der alten Finanzplanung vorgesehen – mehr für Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, die Erhöhung von Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kinderzuschlag, weniger Kita-Gebühren und bessere Betreuungsschlüssel, die Eingliederung Langzeitarbeitsloser, den sozialen Wohnungsbau und die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Aufgrund der Mai-Steuerschätzung rechnet die Koalition sogar mit weiteren 10 Milliarden Euro zusätzlich für die Wahlperiode, davon 2,4 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2018.

In der Debatte im Bundestag bezeichnete Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) den Haushaltsentwurf 2018 als "einen Haushalt, der auf die Zukunft unseres Landes setzt". Dabei spiele die Steigerung der Investitionen eine besondere Rolle. Scholz warb dafür, mit einer Verfassungsänderung die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Bund den Ländern und Gemeinden stärker in den Bereichen Schulen, Kitas, Bildung und sozialer Wohnungsbau helfen kann. Das gelte auch mit Blick auf höhere Investitionen beim Klimawandel, für eine bessere Luft und damit auch im öffentlichen Nahverkehr. Zudem leite der Bund mit seinem Haushalt 2018 Erhebliches, um im Bereich Sicherheit und beim Umgang mit dem Migrationsproblem wirksamer zu agieren. Scholz sagte zu, Mittel bereitzustellen, damit die zuständigen Institutionen ihre Aufgaben erledigen können.

Es bleibt festzuhalten: Noch nie gab es solche Investitionssummen im Bundeshaushalt, wie sie für diese Wahlperiode geplant sind: insgesamt rund 180 Milliarden Euro in den Jahren 2018 bis 2022.

Ein Blick auf konkrete Zahlen

Um einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten, gilt für die SPD-Fraktion der sozialdemokratische Gleichklang aus neuen Stellen, besserer Bezahlung und Auflösung von Befristungen. Bereits in diesem Jahr startet eine großangelegte Initiative zum Abbau sachgrundloser Befristungen in der Bundesverwaltung.

- 3075 neue Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt.

- Verstärkung der Zollverwaltung mit rund 1400 zusätzlichen Stellen und der Aufforderung an die Bundesregierung, in den nächsten drei Jahren weitere 6000 Stellen zu schaffen, inklusive der entsprechenden Bedingungen für die Aufnahme der neuen Mitarbeiter. Das ist zum Beispiel wichtig, um die Kontrollen über die Einhaltung des Mindestlohns effektiv durchzuführen.
- 1650 zusätzliche Stellen plus 4500 Entfristungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben werden 200 Stellen entfristet und damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehalten, die bei der Verwaltung der Immobilien unersetzbar sind.
- Um die sachgrundlosen Befristungen in der Bundesverwaltung abzubauen, ist neben umfangreichen Stellenbewilligungen zudem das Haushaltsgesetz geändert worden. Bundesbehörden dürfen künftig keine Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung mehr abschließen, wenn dadurch der Anteil dieser Verträge 2,5 Prozent des Stellensolls der Behörde übersteigen würde. Es wurde höchste Zeit, dass der Bund hier mit gutem Beispiel vorangeht.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die Koalition hat einen Haushalt geschaffen, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung verbindet mit sozialdemokratischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen.

Bereits an diesem Freitag hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf von Finanzminister Scholz für 2019 beschlossen – bis zum Herbst soll der Bundestag hierüber beraten und ihn schließlich verabschieden.

Haushalt 2018 mit sozialdemokratischem Schwerpunkt

Mit dem Haushalt 2018 bringt die Regierungskoalition Deutschland voran: durch mehr Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung, durch die Förderung von Kindern und Familien und durch mehr soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Damit die öffentliche Verwaltung leistungsfähiger wird, hat die SPD-Fraktion einen, wie es Johannes Kahrs nennt, „sozialdemokratischen Dreiklang“ durchgesetzt: erstens neue Stellen schaffen, zweitens besser bezahlen, drittens Verträge entfristen.

Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kündigt an: „Im Rekordtempo haben wir den Haushalt 2018 erfolgreich verabschiedet. Als Regierungskoalition ruhen wir uns auf diesem Erfolg nicht aus. Denn schon am Freitag hat das Kabinett den Entwurf von Olaf Scholz für den Haushalt 2019 beschlossen, den wir dann nach der Sommerpause im Bundestag beraten werden.“ Beim Entwurf 2019 würden die Investitionen auf hohem Niveau gehalten: „Rund 38 Milliarden Euro investieren wir bis 2022 Jahr für Jahr in Kitas, Schulen, Verkehrswege, Breitbandausbau, Umwelt- und Klimaschutz, den sozialen Wohnungsbau sowie Forschung und Entwicklung.“

Zum Haushalt 2018 betont Kahrs: „Mit dem Programm ‚Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ geben wir Menschen, die lange arbeitslos sind, eine echte Chance, wieder ins Berufsleben zurückzufinden – für uns Sozialdemokraten eine Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Das Baukindergeld kommt rückwirkend zum 1. Januar 2018 und wird 2019 natürlich fortgeführt. Damit mehr Güterverkehr umweltfreundlich auf der Schiene rollt und nicht die Straßen verstopft, senken wir die Trassenpreise, die sogenannte Schienenmaut, um 350 Millionen Euro pro Jahr. In den Haushaltsberatungen im Parlament haben wir dafür gesorgt, dass wir schon im zweiten Halbjahr 2018 damit anfangen und nicht bis 2019 warten.“

Es wird so viel investiert wie nie zuvor in den sozialen Wohnungsbau, die Verkehrsinfrastruktur und die Bildung. Weil das alles ohne neue Schulden klappt und die Wirtschaft gut läuft, wird die Koalition dieses Jahr noch 2,4 Milliarden Euro in ein Sondervermögen packen, mit dem der Digitalpakt für die Schulen finanziert wird und der weitere Breitbandausbau.

Damit das alles in der Praxis funktioniert, wird die Bundesverwaltung konsequent gestärkt: mit Tausenden neuen Stellen und Ausbildungsplätzen, mit besserer Bezahlung durch Stellenhebungen und mit einer vorbildlichen Reduktion befristeter Verträge.

Nahles: „Wir nehmen keine Sachzwänge bei der Rente hin“

Eine neue Dynamik für Deutschland steht auf dem Titelblatt des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU/CSU. Diese Dynamik wird nun wieder voll Fahrt aufnehmen, versicherte SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles am Mittwochmorgen in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages. Denn die letzten vierzehn Tage gab es, wie Nahles es beschrieb, ein Stottern des Regierungsmotors. Doch nun erwarte die SPD-Fraktion, dass es wieder vorangehe.

Viel zu viel sei an wichtigen Vorhaben liegen geblieben, zum Beispiel das von Bundesfamilienministerin Giffey konzipierte Gute-Kita-Gesetz und auch das Rentenpaket von Sozialminister Heil. Auch das von der SPD-Fraktion in den Koalitionsvertrag hineinverhandelte Einwanderungsgesetz müsse nun schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Es soll noch dieses Jahr vom Kabinett beschlossen werden.

Nahles will dem „Prinzip der Leistungserechtigkeit wieder mehr Schwung“ geben, wie sie es beschrieb. Der Haushalt 2018 der Koalition stelle dafür die Weichen. Sie nannte die Stärkung des Rechtsstaates,

nämlich dass Recht nicht nur gesetzt, sondern stets auch durchgesetzt werde.

Handlungsfähiger Staat

Insbesondere sei es nun notwendig, das Thema Rente anzupacken. Nahles: „Wer lebenslang eingezahlt hat, muss auch selbst am Ende ein auskömmliches Leben haben. Die Kaufkraft muss erhalten bleiben.“

Deshalb werde das Rentenniveau gesetzlich abgesichert. Für Nahles steht fest: „Wir akzeptieren keinen Sachzwang eines sinkenden Rentenniveaus.“ Überhaupt müsse die Sachzwanglogik durchbrochen werden. „Wir müssen nicht hinnehmen, dass steigende Mieten den Lebensstandard auffressen. Wir müssen nicht hinnehmen, dass ländliche Regionen aussterben.“

Die Koalition stehe für einen handlungsfähigen Staat. Als Beispiel nannte sie einen neu geschaffenen Finanztopf für den Strukturwandel, etwa in der Lausitz. Die Menschen dort dürften nicht zurückgelassen werden.

Die Fraktionschefin stellte klar: „Wir wollen in diesem Land gestalten. Wir nehmen keine Sachzwänge hin. Wir sind bereit, unseren selbstgesetzten Anspruch ‚Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt‘ auch weiterhin mit aller Kraft voranzutreiben.“

Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen

Die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg setzt sich zusammen mit anderen Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, auf Betriebsrenten nur noch den halben Beitragssatz zu erheben. Damit soll die betriebliche Altersversorgung attraktiver gemacht und gestärkt werden. Betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Wir brauchen Vertrauen und Verlässlichkeit in der Betriebsrente.

Die Betriebsrente ist ein dringendes Handlungsfeld. Vielfach werde ich in Bürgersprechstunden und Gesprächen darauf angesprochen. Auch deshalb setze ich mich dafür ein. Bei den Abschlüssen von Betriebsrenten haben sich die Menschen darauf verlassen, einen wichtigen Beitrag für ihre Altersversorgung zu leisten. Gemeinsam mit anderen Landesgruppen fordern wir baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten deshalb nun, dass für Betriebsrenten nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag erhoben werden soll. Zur kurzfristigen Entlastung von Betriebsrenten soll in einem ersten Schritt ein Freibetrag statt der jetzigen Freigrenze eingeführt werden.

Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage und zu erwartender Mehreinnahmen für die Krankenkassen ist diese Entlastung für Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner finanziell darstellbar. Dafür setzen wir uns in der SPD ein. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil das Thema auf die Agenda der Bundesregierung setzt. Die Union und ihren Gesundheitsminister Jens Spahn habe ich aufgefordert, ihren Widerstand gegen eine Entlastung der Betriebsrenten aufzugeben.

Rede im Bundesrat zur Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt

Zum Ende der letzten Woche habe ich in meiner Funktion als Parlamentarische Staatssekretärin eine Rede im Bundesrat gehalten. Auf der Tagesordnung stand das Thema „Vermeidung von Kunststoff-Verunreinigungen in der Umwelt bei der Entsorgung verpackter Lebensmittel“. Ich habe in meiner Rede nochmals betont, wie wichtig es ist, dass bei diesem Thema bereits bestehende Regeln in der Praxis auch umgesetzt werden.

Die Rede, begleitet von zwischenzeitlichen technischen Problemen mit dem

Mikrofon, können Sie unter folgendem Link einsehen:

https://www.bundesrat.de/DE/service/mediathek/mediathek-node.html?cms_id=7252337

Neue Runde zur Förderung kommunaler Klimaschutzprojekte ist eröffnet

„Beim Klimaschutz gilt ein bewährter Grundsatz: Global denken, lokal handeln. Wir alle können vor Ort einen Beitrag gegen den Klimawandel leisten. Ich freue mich daher, dass das Bundesumweltministerium die neue Runde zur Förderung kommunaler Klimaschutzprojekte startet“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter.

Vom 1. Juli bis zum 30. September 2018 können Kommunen, kommunale Unternehmen, Sportvereine und andere Akteure vor Ort wieder Anträge für Klimaschutzprojekte im Rahmen der Kommunalrichtlinie stellen. Konkret sollen Klimaschutzprojekte in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen gefördert werden. Dazu sind neben aktiven Klimaschutzmaßnahmen, wie z.B. Umrüstungen von Kitas und Sporthallen auf LED-Leuchtmittel, auch theoretische Konzepte, beispielsweise Einstiegsberatungen und Energiesparmodelle in Schulgebäuden, ausdrücklich vorgesehen.

Besonders attraktiv ist das Programm für finanzschwache Kommunen: Sie erhalten erhöhte Zuschüsse. „Die Kommunen sind wichtige Partner für den Klimaschutz. Mit der Kommunalrichtlinie bringt der Bund wirtschaftliche Investitionen, ökologische Tragfähigkeit und sozialen Zusammenhalt in Einklang. Das verstehe ich unter nachhaltigem staatlichen Handeln“, erklärt Rita Schwarzelühr-Sutter.

Bereits seit 2008 profitieren Kommunen von der Förderung durch das Bundesumweltministerium. Bislang wurden rund 12.500 Klimaschutzprojekte in mehr als

3.000 Kommunen unterstützt. Die Staatssekretärin lädt die Kommunen ein, nun Anträge zu stellen. Diese können vom 1. Juli bis zum 30. September 2018 beim Projektträger Jülich gestellt werden.

Weitere Informationen unter:

www.klimaschutz.de/kommunalrichtlinie.

Glasfaser für alle: neue Förderrichtlinie des Bundesverkehrsministeriums

Endlich kommt der Breitbandausbau voran! Die Bundesregierung leistet einen entscheidenden Beitrag dazu, dass alle Kommunen in Deutschland an der Gigabit-Gesellschaft der Zukunft teilhaben werden.

Der Bund verdoppelt den Förderhöchstbedarf von 15 auf 30 Milliarden Euro, um den Breitbandausbau in denjenigen Gebieten, in denen kein marktgetriebener Ausbau stattfindet, voranzutreiben. Ziel ist es, alle noch verbliebenen Netze mit einer verfügbaren Bandbreite von unter 30 Megabit pro Sekunde an das Gigabitnetz anzuschließen. In Zukunft wird es keine ‚weißen Flecken‘ mehr im ländlichen Raum und in kleinen bis mittleren Gemeinden geben.

Konkret sollen Kommunen, die bislang auf eine Kupfertechnologie gesetzt haben und das Ausschreibungsverfahren noch nicht beendet haben, die Möglichkeit eines Technik-Upgrades erhalten und ihr Projekt bis zum Jahresende auf Glasfaser umstellen können. Das Verfahren hierfür wird deutlich vereinfacht; so entfallen beispielsweise der Wirtschaftlichkeitsvergleich zur Begründung des gewählten Fördermodells und die Bewertung jedes Antrags anhand eines umfassenden Kriterienkatalogs (Scoring).

Durch diese Schritte sparen die Kommunen bis zu sechs Monate im Verfahren ein. Von der Neuregelung profitieren auch finanzschwache Kommunen: Der Bund ge-

stattet hier eine Übernahme des kommunalen Eigenanteils von zehn Prozent durch die Länder.

Ich lade die Bürgermeister und Landräte der sich noch nicht im Verfahren befindlichen Kommunen ein, rasch einen Antrag zu stellen. Diese können ab 1. August 2018 über www.breitbandausschreibungen.de gestellt werden.

Unsere Region

Spannende Haushaltswoche erlebt: Besuchergruppe aus dem Wahlkreis im Bundestag



Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter nahmen vom 4. bis 7. Juli 50 politisch Interessierte aus dem Wahlkreis Waldshut an einer Informationsfahrt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in der Hauptstadt Berlin teil. Auf dem Programm standen neben einer Stadtrundfahrt durch das politische Berlin unter anderem auch ein Besuch des Dokumentationszentrums „Topographie des Terrors“ und ein Informationsgespräch im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

Vor dem traditionellen Höhepunkt der Besucherfahrt, dem persönlichen Gespräch zwischen den Teilnehmern und der Abgeordneten im Bundestag, hatten die Bürger

die Möglichkeit, die Kuppel des Reichstagsgebäude und den Plenarsaal zu besuchen, in dem sich die Abgeordneten kurz zuvor noch einen Schlagabtausch über den Bundeshaushalt geliefert hatten. Die anschließende Diskussion mit Rita Schwarzelühr-Sutter war vor allem von lokalen Verkehrsthemen geprägt, die die Bürger aus der Region Hochrhein der Abgeordneten beschäftigten, so z.B. der Ausbau der Rheintalbahn und der Planungsstand der Hochrheinschiene. „Südbaden hat ein Recht auf eine gute und lärmschutzverträgliche Versorgung mit der Bahn. Der Ausbau der Infrastruktur muss zügig vorangehen“, stellte Frau Schwarzelühr-Sutter klar.

Auf die derzeitige Stimmung innerhalb der Regierung angesprochen, sprach sich die Waldshuter Abgeordnete für einen aufrichtigen und sachlichen Umgang miteinander aus. Politiker hätten eine Vorbildfunktion und die Pflicht, einen ordentlichen Job zu leisten. „Für die Gesellschaft wünsche ich mir, dass wir uns wieder mehr Zeit dafür nehmen, Dinge zu beraten, zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, die von der großen Mehrheit akzeptiert werden können. Demokratie bedeutet immer auch Kompromiss“, so Rita Schwarzelühr-Sutter..

Tennis-Club Singen erhält Klimaschutz-Auszeichnung aus Berlin

Der Tennis-Club Singen hat ein Klimaschutz-Zertifikat des Bundesumweltministeriums erhalten, wie die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter heute mitteilt. Verdient hatte sich der Verein die Auszeichnung des Umweltministeriums mit der Umstellung der Hallenbeleuchtung auf LED. Das Vorhaben wurde mit rund 20.000 Euro durch die Kommunalrichtlinie im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert.

"Klimaschutz ist eine Aufgabe, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Es ist

eine tolle Sache, dass sich auch Sportvereine an dieser wichtigen Aktion beteiligen. In der Tennishalle Singen können rund 237 Tonnen CO2 eingespart werden. Damit sinkt übrigens auch die Stromrechnung um mehr als 50 Prozent. Das ist ein Gewinn für alle“, erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete.

Gundelfinger Wärmeversorgungs- und Hallenbad GmbH erhält Klimaschutz-Auszeichnung aus Berlin

Die Gundelfinger Wärmeversorgungs- und Hallenbad GmbH hat ein Klimaschutz-Zertifikat des Bundesumweltministeriums erhalten, wie die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter heute mitteilt.

Prämiert wurde die Sanierung der raumlufttechnischen Geräte im Hallenbad „Obermattenbad“, welche mit einer Zuwendung in Höhe von 29.000 Euro bedacht wurde. „Für das Erreichen unserer Klimaziele ist das Verhalten lokaler Akteure entscheidend. Ich freue mich, dass es dem Gundelfinger Wärmeversorgungs- und Hallenbad GmbH mithilfe der neuen Technologie möglich sein wird, über die nächsten 20 Jahre bis zu 448 Tonnen CO2 einzusparen“, so die Parlamentarische Staatssekretärin. Durch den Einbau eines hocheffizienten zentralen Zwei-Richtung-Lüftungsgerätes mit Wärmerückgewinnungssystem könne ferner eine Reduzierung des Stromverbrauchs von ca. 29% erzielt werden. „Eine win-win-Situation für die Umwelt, den Betrieb und die Verbraucher“, so Rita Schwarzelühr-Sutter.



Das Zertifikat durfte Rita Schwarzelühr-Sutter dem Geschäftsführer der Gemeindegewerke Gundelfingen, Markus Heger, am Rande einer Informationsfahrt des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in der Hauptstadt Berlin persönlich im Paul-Löbe-Haus des Bundestages überreichen.

Aktionstag "Lörrach kann Klimaschutz" / Auszeichnung für die Schlossbergschule Lörrach

Am Samstag, den 30. Juni, habe ich gemeinsam mit Oberbürgermeister Jörg Lutz den Aktionstag "Lörrach kann Klimaschutz" eröffnet. Die Stadt nahm als eine von 16 Kommunen am bundesweiten Aktionstag "Wir können Klimaschutz" vom Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz im Auftrag des Bundesumweltministeriums teil. Um auf die Herausforderungen des Klimawandels aufmerksam zu machen, waren in der Fußgängerzone zahlreiche Stände zu Energie- und Umweltthemen geboten. So sammelte beispielsweise die „Initiative Karte von morgen“ auf einem großen Stadtplan beispielhafte Orte, die einen

positiven Beitrag für die umweltfreundliche Zukunft der Stadt leisten.

Die Kommunen sind vor Ort unsere wichtigsten Partner für den Klimaschutz. Wenn Politik, Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger an einem Strang ziehen, ist kommunaler Klimaschutz erfolgreich.

Besonders erfreulich war, dass ich die Lörracher Schlossbergschule als „Energiespar- und Klimaschutzschule“ auszeichnen durfte. Schulleiterin Silvia Burger und der Erstklässler Leon nahmen die Urkunde stellvertretend entgegen. Die Schülerinnen und Schüler der Grundschule hatten unter anderem an einem "Dicken-Pulli-Tag" einen Tag lang die Heizung ausgeschaltet, um Energie zu sparen und um bewusst zu machen, wie man mit Ressourcen umgeht. Damit ist die Schule ein echtes Vorbild im kommunalen Klimaschutz..



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Rita Schwarzelühr-Sutter

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030 – 227 73 071
F: 030 – 227 76 173
E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundes-tag.de

Home:
Facebook:
Twitter:
Instagram:

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB
Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22
79761 Waldshut-Tiengen
T: 07751 – 91 76 881
F: 07751 – 91 76 882
E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundes-tag.de

www.schwarzueluehr-sutter.de
facebook.com/schwarzueluehrsutter
twitter.com/rischwasu
instagram.com/rischwasu/